



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 22/2009 Kiel, 04. März 2009

Verkehrspolitik

Alternative Lösung zur Uhlenkrog-Rampe untersuchen

In der aktuellen Diskussion um die Uhlenkrog-Anbindung erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke:

„Der städtische Entwurf stellt eine, aber nicht unbedingt die einzig mögliche und auch nicht zwangsläufig die beste Lösung dar. Daher hat die FDP-Ratsfraktion einen - in der vergangenen Sitzung der Ratsversammlung zurückgestellten - Antrag eingebracht, durch den die Verwaltung beauftragt werden sollte, alternative Lösungen zu der angedachten Autobahn-Anschlussstelle Uhlenkrog und zur Verlängerung des Mühlendamms bis zum Uhlenkrog zu prüfen und zu entwickeln. Insbesondere soll untersucht werden, ob bzw. wie eine Anschlussstelle an der A 215 östlich des Bahngleises CAU – Kiel-Hassee / CITTI PARK möglich ist. Die wirtschaftliche Dynamik des CITTI PARK macht die Prüfung einer besseren Anbindung des CITTI PARK an das übergeordnete Fernstraßennetz notwendig. Außerdem ist zu vermeiden, dass durch eine Schließung des Bahnübergangs Hasseer Straße / Saarbrückenstraße die Kundenströme an PLAZA vorbeigelenkt werden.

Die Prüfung hat daher unter folgenden Maßgaben zu erfolgen:

- Der Bahnübergang Hasseer Straße/Saarbrückenstraße bleibt für den motorisierten Individualverkehr, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr bestehen.
- Der CITTI PARK erhält direkte Straßenanschlüsse an die A 215 auch in Richtung Westen sowie an die B 503 / den Olof-Palme-Damm aus und in Richtung Norden.

Die Verwaltung soll diese Lösungen in umsetzungsorientierten Plänen aufbereiten. Nach Diskussion mit allen zu Beteiligten wird die konsensfähigste Lösung von der Selbstverwaltung als weiterzuerfolgen beschlossen und der Verkehrsentwicklungsplan entsprechend angepasst.

Im Gegensatz zu den Erwartungen des Tiefbauamts, das mit einem Baubeginn nicht innerhalb der nächsten fünf Jahre rechnen, sollten sich Verwaltung und Selbstverwaltung grundsätzlich einen strafferen Zeitrahmen vorgeben und alles daran setzen, eine deutliche Verbesserung der dortigen Verkehrssituation bereits in zwei Jahren zu realisieren.

Das setzt allerdings voraus, dass sich innerhalb der Mehrheitsfraktionen nicht die grünen verkehrspolitischen Bremsklötze durchsetzen, sondern ein klares Bekenntnis zu dem Projekt erfolgt“, so Musculus-Stahnke abschließend.

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer